

Offensiv



ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis: 2 Euro

Nr. 23 • Okt. - Nov. • 2023



Herrschende setzen auf Autoritarismus & Reaktion

RECHTE BEKÄMPFEN!

KAPITALISMUS ABSCHAFFEN!



In dieser Ausgabe: Solidarität mit dem
palästinensischen Widerstand!

Die Wirtschaftskrise, der imperialistische Krieg und der gefährliche Aufstieg der AfD



Fyn Hansow, Offensiv Hamburg

Die weltweite Krise des Kapitalismus, die wir in unzähligen Artikeln bereits beschrieben haben, hat tiefe Auswirkungen auf die Situation in Deutschland. Im Angesicht des interimperialistischen Wettkampfs zwischen den USA und China und der chronischen Wirtschaftskrise wird der Handlungsspielraum für das deutsche Kapital kleiner. Es ist vor allem die deutsche Industrie, die die Krisenfolgen zu spüren bekommt, was bürgerliche Medien wie den britischen Economist oder die Frankfurter Rundschau dazu bewegt hat, Deutschland in den letzten Monaten als den „kranken Mann Europas“ zu betiteln.

Es ist eine Krise, die bereits jetzt tiefe soziale Konsequenzen für einen Großteil der Bevölkerung und vor allem für Arbeiterfamilien hat: Während die soziale Verelendung im Angesicht einer Inflation, die im Juli 2023 immer noch durchschnittlich über 6% und bei zahlreichen Grundnahrungsmitteln noch deutlich darüber lag, voranschreitet, stagnieren die Löhne oder bleiben unter den Teuerungsraten und weitere

Unternehmen reihen sich in die lange Liste vom Stellenabbau der letzten Jahre ein. Gleichzeitig ziehen die großen kapitalistischen Monopole und Banken deutliche Profite aus der Inflation und der Teuerung.

Es ist in diesem Kontext, dass die Ampelkoalition harte Rückschläge einsteckt, mit deutlichen Niederlagen für die SPD, wie wir in den Landtagswahlen in Bayern und vor allem Hessen sehen konnten. Umfragen zur Bundestagswahl von Ende August haben Verluste für alle Regierungsparteien verzeichnet: Die SPD mit einem Minus von über 8%, von 25,7% 2021 auf 17% und die FDP fällt von 11,5% auf 7%! Und auch die Grünen, die in diesen Umfragen noch besser weggekommen sind, mussten in Hessen und Bayern Verluste von 5% bzw. 3,2% hinnehmen. Die Regierungskoalition hat ihre parlamentarische Mehrheit mit Abstand verloren – Eine unausweichliche Konsequenz ihrer kapitalistischen Politik zugunsten der großen Unternehmen und der NATO-Aggressionen und eine Niederlage für den US-Imperialismus.

Diese Politik der Ampel und der SPD ist verantwortlich für den Auf-

stieg der AfD, die in allen Umfragen zur zweitstärksten bundesweiten Kraft angestiegen ist und bedeutende Siege in Bayern und Hessen einfahren konnte. Ihre demagogische Position gegen den Ukraine-Krieg, ihre nationalistische Rhetorik im Angesicht der Wirtschaftskrise und ihre rassistischen Positionen zur Migrationsfrage – die nicht weit von dem entfernt sind, was die EU unter Ursula von der Leyen tut! – ermöglichen den Aufstieg und die Stärkung von neofaschistischen Kräften, wie in vielen anderen Ländern Europas.

Die Gefahr, die sich daraus ergibt, ist kein Witz und wird sich unter der Krise des deutschen Kapitalismus noch vertiefen. Die politischen und sozialen Wurzeln dieser Entwicklung zu verstehen und ein politisches Kampfprogramm gegen die Rechte zu formulieren ist die Schlüsselaufgabe der revolutionären Linken in Deutschland!

„Zeitenwende“: Wirtschaftskrise und imperialistischer Krieg

Im Vergleich zum Vorquartal ist das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal stagniert, aber die Wirtschaftsleistung ist laut Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) von Juli bis September um 0,3 Prozent zurückgegangen und auch die Gesamtprognose für 2023 sieht einen Rückgang.

Die Fakten gehen noch deutlich weiter als das: der ifo Geschäftsklimaindex ist zum Juli hin zum vierten Mal in Folge gefallen und im gleichen Monat ist die Zahl der Insolvenzen von Unternehmen mit „größerer wirtschaftlicher Bedeutung“ im Vergleich zum Vorjahresmonat um 24 Prozent gestiegen! Auf das ganze erste Halbjahr 2023 gerechnet gingen 50.600 Betriebe insolvent, 12,4 Prozent mehr als noch 2022.

Dabei ist die Krise deutlich tiefer als einfach eine oberflächliche Folge von von Pandemie oder Krieg betroffenen Lieferketten oder der Energiekrise als Folge der Sanktionen. Was wir stattdessen in Deutschland sehen, sind die Auswirkungen einer kapitalistischen Überproduktionskrise, die die Tendenzen zu Abwanderung von Kapital und Deindustrialisierung verschärfen.

Die bisherige Unterordnung des deutschen Imperialismus unter den im Niedergang befindlichen US-Block wird weitere Probleme bedeuten. Der US-Imperialismus kann dem deutschen Kapitalismus nicht nur keine Hilfe bieten, im Kampf mit seinem eigenen wirtschaftlichen und politischen Niedergang treibt er geradezu in einen Handelskrieg mit Deutschland und der EU um Kapitalinvestitionen. Wir erinnern an den Anschlag auf die Nord Stream Pipelines; ein terroristischer Angriff der USA nicht nur gegen Russland, sondern auch den eigenen Verbündeten Deutschland!

Seit der Einführung des US-amerikanischen Inflation Reduction Acts 2022, der Subventionen der US-Regierung an Konzerne mit Standorten in den Vereinigten Staaten vorsieht, haben bereits deutsche Konzerne wie Audi, BMW, Schaeffler, Siemens Energy und Aurubis Produktionskapazitäten in die USA verlagert oder planen Großinvestitionen. Eine Umfrage der Industrie- und Handelskammer vom Anfang des Jahres hat ergeben, dass jedes zehnte deutsche Unternehmen Produktionsverlagerungen in die USA plant. Das wird ein ökonomisches und soziales Desaster für die deutsche Wirtschaft.

Die Spaltungslinien innerhalb der herrschenden Klasse Deutschlands haben sich in den letzten Monaten weiter vertieft. Ausdruck findet das in der widersprüchlichen China-Politik: Während Ursula von der Leyen oder Vizekanzler Robert Habeck offen in Form von einer „Derisking“-Strategie eine weitere Abkopplung von China fordern oder offen Strafzölle gegen die chinesische Autoindustrie ins Spiel bringen, haben nicht unwesentliche Teile des deutschen Kapitals ihre Beziehungen zu dem asiatischen Riesen im letzten Jahr noch vertieft. So hat der deutsche Chemiekonzern BASF erst im September mit dem Bau einer neuen Produktionsanlage in Zhanjiang begonnen und 10 Milliarden Euro in das Projekt

investiert – die größte Einzelinvestition in der Konzerngeschichte! Der chinesische BASF-Standort wird damit zum drittgrößten weltweit neben Ludwigshafen und Antwerpen.

Als Olaf Scholz sich noch im Juni mit Chinas Ministerpräsident Li Qiang getroffen und die gemeinsamen Handelsbeziehungen gelobt hat, hat er genau die Interessen dieses Kapitalteils ausgedrückt. Er steht stellvertretend für den pragmatischen Teil der Regierung, die im Angesicht der internationalen Entwicklungen um eine eigenständigere Rolle des deutschen Imperialismus kämpfen und versuchen, zwischen den USA und China zu manövrieren, und ist damit im Widerspruch zu den eigenen Koalitionspartnern Grüne und FDP. Dieses Spannungsfeld wird sich mit einer weiteren Eskalation der internationalen Konflikte nur weiter verschärfen und die Spaltungen innerhalb der Politik und Bourgeoisie Deutschlands vertiefen.

Worüber sich aber alle Sektoren der Bourgeoisie einig sind, ist die kapitalistische Krisenverwaltung auf unseren Schultern, mit treuer Hilfe der „Koalition des Fortschritts“: Gerade erst hat die Mindestlohnkommission eine Mindestloohnerhöhung für das Jahr 2024 beschlossen – um 41 Cent, also gerade einmal 3,42% und weit entfernt von der Inflation. Die Liquidität und „Wettbewerbsfähigkeit“ von großen Unternehmen und Banken wird mit Millionensubventionen unterstützt, während wir Kürzungen im Wohngeld (-16%), bei der Jugendhilfe (-19%), Bafög (-24%) und vielem mehr hinnehmen müssen. Gleichzeitig fließen 8 Milliarden Euro mehr zur Bundeswehr (zusätzlich zu den 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“, die bereits beschlossen wurden)!

Es ist der Versuch, durch massenhafte militärische Aufrüstung die bedrohten Interessen des deutschen Kapitals in Zukunft besser verteidigen und eine eigenständigere Rolle in den kommenden internationalen Konflikten spielen zu können. Unter dem Schlag-



wort „Zeitenwende“ versteckt sich nichts anderes als die stumpfste militaristische und imperialistische Aufrüstung im modernen Gewand. Wenn die „Sicherheitsexperten“ der Münchener Sicherheitskonferenz auf ihrer „Zeitenwende on tour“ sich darüber freuen, dass „Deutschland wieder strategisch denke“, ist klar, was damit gemeint ist: in Zukunft deutlich aggressiver die eigenen imperialistischen Interessen durchzusetzen.

Die Gefahr der AfD und des Nationalismus

Wie sollte eine solche Politik nicht der extremen Rechten um die AfD in die Hände spielen? Die letzten Umfragen zeigen das deutlich, und das mit einem ultrarechten und faschistischen Flügel am Steuer der Partei! Sie erreichen Umfrageergebnisse als zweitstärkste Kraft mit 21% und 23%, 5-6% vor der SPD und einen Anstieg von fast 11%. In Bayern und Hessen ist die AfD die dritt- (14,6%) und zweitstärkste (18,4%) Kraft geworden, mit 4,4% bzw. 5,3% mehr als in den letzten Wahlen. Dazu kommt der Aufstieg des konservativ-rechten Flügels innerhalb der CDU/CSU.

Es ist genau diese CDU, die im Angesicht der AfD-Erfolge immer weiter nach rechts rückt, während Parteivorsitzender Merz öffentlich über eine Zusammenarbeit nachdenkt. Es ist offensichtlich, dass die viel zitierte „Brandmauer“ nicht existiert: In Thüringen stimmt die CDU mit der AfD zusammen, um Steuern zu senken, der Vorsitzende der Kommission „Wertefundament und Grundlagen der CDU“

Andreas Rödder spricht sich für Minderheitenregierung der CDU mit Unterstützung der AfD aus und der Bremer CDU-Vorsitzende Carsten Meyer-Heder tritt zurück, nachdem er in einem Interview beteuert hat, dass er „vor der LINKEN in der Bürgerschaft mehr Angst hat als vor der AfD“...

Wir sehen einen qualitativen Sprung im Aufstieg der Rechten und eine historische Erfolgswelle für die AfD, die die objektive Situation in Deutschland verändert. Die Erfolge der AfD gehen deutlich über gute Umfrage Ergebnisse hinaus. In den letzten Monaten konnte die Partei gleich drei Meilensteine erreichen: ein erster AfD Landrat im thüringischen Sonneberg, ein erster AfD Bürgermeister im sächsischen Raghun Jessnitz, ein erster Bürgermeisterkandidat in einer Stichwahl in einer Landeshauptstadt in Schwerin... In mehreren Bundesländern in Ostdeutschland erreicht die AfD in Umfragen über 30 % als stärkste Kraft; unter anderem Thüringen, Sachsen und Brandenburg, die im nächsten Jahr Landtagswahlen haben. Und erstmals erreicht die Partei auch im Westen über 20 %, wie in Baden-Württemberg und im Saarland, so sie sogar auf 23 % kommen! im Falle Baden-Württembergs würde die AfD damit ihr Ergebnis verdoppeln zu den letzten Landtagswahlen.

Die Rechte schafft es erfolgreich, ihre soziale Basis zu mobilisieren und auszuweiten: Kleinunternehmer, Selbstständige, Beamte und sogar rück-

ständige Sektoren der Arbeiterklasse vor allem in Ostdeutschland, die in der Krise ihren Lebensstandard bedroht sehen und sich von der rassistischen und chauvinistischen Demagogie blenden lassen. Es sind ihre rassistischen und fremdenfeindlichen Positionen, die ihren tatsächlichen pro-kapitalistischen Charakter der Steuerkürzungen für Reiche und gleichzeitigen Kürzungen für Arbeiter verbergen. Das macht die AfD zu einer attraktiven Option für größere Teile der herrschenden Klasse, die, um auf dem Weltmarkt und in der Krise bestehen zu können, eine deutliche Entwertung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen brauchen. Der Partei gelingt es, mit ihrer Hetze gegen Flüchtlinge die Öffentlichkeit von der sozialen Katastrophe der Krise abzulenken; dabei verlassen sie sich aber ebenso auf die CDU, die Ampelkoalition und sogar auf Sektoren der LINKEN wie dem Flügel um Sarah Wagenknecht, die letztendlich nur in höflicherer Form diese Rhetorik aufgreifen. Wir müssen nur einen Blick auf die letzten beschämenden Asylvereinbarungen der EU werfen!

Alle diese Parteien haben sich ebenso hinter den verbrecherischen Angriff Israels auf den Gaza-Streifen gestellt und in bonapartistischer Manier jeglichen Protest und Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand verboten! Sie alle bedienen sich dabei des widerlichsten antimuslimischen Rassismus und stehen der AfD in nichts

nach, wenn sie nach Abschiebungen und Massenverhaftungen schreien! Ein sehr günstiges Klima, um der AfD neue Vorstöße zu erlauben.

Und auch die Position der AfD gegen eine Unterstützung der Ukraine im Krieg hat für diejenigen Unternehmer Attraktivität, die ihre eigenen Geschäfte zwischen den Fronten bedroht sehen und deren Profite unter den Tendenzen der Deindustrialisierung leide ebenso wie für die Sektoren der Arbeiterklasse in Ostdeutschland, die durch die Sanktionen und die Einschnitte im Handel mit Russland betroffen sind. Alice Weidel selbst fasst diese Interessen passend in Worte: Deutschland droht zerrieben zu werden zwischen den Großmächten und wird am Ende der große Verlierer sein. Sie fordert deshalb die Teilung der Ukraine zu akzeptieren, unmittelbare Friedensverhandlungen mit Moskau und die Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 – „Was es letztendlich für die Ukraine bedeutet und für Russland und für die Gebietsteilung, das ist überhaupt gar nicht unser Thema (...) Wir müssen auf unser Land schauen.“

Der Aufstieg der AfD und die wachsende Unterstützung für die Partei aus Teilen der herrschenden Klasse sind somit eine große Gefahr, der die politische Linke mit einem kämpferischen sozialistischen und internationalistischen Programm gegen Krise und Krieg begegnen muss! Ohne eine klare linke Antwort auf die ausbeuterische



und kriegsrische Politik der Regierung gehen Teile der Wählerschaft aus demoralisierten Teilen der Arbeiterklasse der „Anti-Establishment“ Heuchelei der AfD auf den Leim. Umso entscheidender ist es, jetzt eine klare Antwort auf den Aufstieg der Rechten zu formulieren!

Die Krise der LINKEN und die Aufgaben einer revolutionären Linken

Dass die AfD mit ihrer nationalchauvinistischen Position die einzige konsequente Stimme gegen den Ukraine Krieg ist, ist ein Armutszeugnis! Die LINKE hätte die historische Chance, die reaktionäre kapitalistische Politik der Ampelregierung von links schonungslos offenzulegen und gleichzeitig die Heuchelei der Rechten zu entlarven, die nur die chauvinistischste und reaktionärste Fratze des bestehenden Systems sind. Doch weder der Flügel um die Mehrheit des Parteivorstandes, noch der Flügel um Sarah Wagenknecht, deren interner Fraktionskampf sich immer weiter verschärft, werden dieser politischen Aufgabe gerecht. Ganz im Gegenteil! Ihre Position, jetzt für das Verbot palästinensischer Solidaritätsorganisationen und die Kriminalisierung von Demonstrationen zu stimmen, ist ein komplettes Desaster, das ihre Krise vertieft und ihr Überle-

ben bedroht, wie wir bei den Wahlen in Hessen mit dem Verlust ihrer gesamten Landtagsfraktion von neun Sitzen gesehen haben.

Es ist richtig, die Anbiederung der Mehrheit der Parteiführung an den NATO-Imperialismus im Ukraine Krieg und die Aufstellung von Kandidaten wie Carola Racke zur EU-Wahl zu kritisieren. Einfach nur den Konkurrenten des eigenen Imperialismus zu kritisieren, und die Rolle der USA oder Deutschlands zu verschweigen, ist keine linke und schon längst keine „antiimperialistische“ Position. Wir Kommunisten verteidigen Liebknechts Worte: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Sarah Wagenknecht und ihre Unterstützer zählen jedoch nicht zu den Letzteren. Stattdessen formulieren sie ein rein populistisches Programm, das massive Zugeständnisse an die Rechte bei Themen wie Migration macht. Anstatt den politischen Kampf zu führen, den der Aufstieg der AfD und der politischen Rechten weltweit bedeutet und mit einem revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus zu verbinden, gehen sie ihm aus dem Weg. Dabei hat Wagenknecht nicht zu Unrecht wegen ihrer linken Vergangenheit und teils berechtigten Kritik an der Parteimehrheit eine große Bekanntheit. Es ist ein fataler politischer Fehler, den die LINKE und die politische Linke im Allge-

meinen in Deutschland in den nächsten Jahren wird bezahlen müssen.

Keiner der beiden Flügel hat das Potenzial oder das Interesse, eine wirkliche antikapitalistische Massenbewegung von unten aufzubauen; in den Betrieben, Schulen und auf den Straßen – eine proletarische Partei der Arbeiterklasse zu werden!

Dabei ist genau das es, was wir brauchen. Denn trotz dieses Versagens und des Wachstums der Rechten haben wir im letzten Jahr einen Anstieg und eine deutliche Intensivierung von Arbeitskämpfen gesehen. Der wirtschaftliche Abschwung und weitere Angriffe von Oben werden Nährboden für eine weitere Polarisierung vor allem auch neuen Aufschwüngen im Klassenkampf sein. Viele sind zu Recht empört über die Ergebnisse der AfD und die rassistischen und antisozialen Eskapaden von Faeser, Aiwanger, Merz und Co. und über die Politik der Ampelregierung.

Es ist an uns revolutionären Kommunisten, den nationalistischen und sozialen Chauvinismus der Ampelregierung offenzulegen und der Rechten entgegenzutreten!

Es ist an uns, eine revolutionäre Linke aufzubauen! Schließ dich uns an!



Repression gegen Palästina-Solidarität beantworten: Auf die Straßen gegen das zionistische Massaker und die deutsche Regierung!

Nadja Habibi, Offensiv Hamburg

Während der israelische Staat im Gazastreifen einen blutigen Völkermord begeht, zeigen die Herrschenden in Deutschland ganz unverhohlen auf wessen Seite sie stehen. All ihre Zeitungen warnen vor dem Ausbruch eines neuen Rassismus, aber sie meinen damit nicht das brutale Abschlagen palästinensischer Kinder – nein! Sie reden von einem „islamischen Antisemitismus“, mit dem sie ihre Waffenlieferungen an das pro-faschistische Netanjahu-Regime rechtfertigen.

Die deutsche herrschende Klasse trägt den blutigen Krieg gegen Palästina auf deutsche Straßen und verschärft die Repression gegen Alle, die sich solidarisch mit dem palästinensischen Befreiungskampf zeigen.

Autoritarismus und Repression erreichen neues Niveau

Dabei erreicht die Qualität der Repression gerade ein neues Niveau – eine weitere Stufe der Entwicklung der Herrschenden in Richtung Autoritarismus und Reaktion! Fast überall wurden die Demonstrationen für die Rechte der Palästinenser verboten. Dort wo Menschen versuchen sich trotzdem zu versammeln, zögert die Polizei nicht, selbst Minderjährige unter brutalsten Umständen zu verhaften. Insbesondere palästinensische und arabische Menschen mit Kufiya oder Palästina-Flagge werden für das Mitführen dieser Dinge verhaftet. Aufsehen erregte auch ein Video von einem jugendlichen Schüler, der eine vor einer Schule in Berlin eine palästinensische Fahne hervorholte und von einem Lehrer dafür ins

Gesicht geschlagen wurde – woraufhin nur der Schüler suspendiert wurde! In einer Berliner Grundschule (!) wurde ein Fragebogen an die Schüler verteilt, in dem sie zu ihrer politischen Meinung über den Staat Israel und den Krieg gegen Palästina befragt wurden. Die CSU hat

ein Vier-Punkte-Programm vorgeschlagen, nach dem Asylsuchende und Migranten abgeschoben werden sollen, wenn sie sich nicht ausreichend „zum Existenzrecht Israels bekennen“ – und damit beginnen sie wieder mit der Lüge eines besonderen „muslimischen Antisemitismus“; gerade die Partei, die kürzlich noch den rechten Vize-Ministerpräsident Aiwanger nach seiner Antisemitismus-Affäre im Amt gestützt hat.

Neben diesem blanken Rassismus erleben wir in Deutschland auch eine massive Kampagne zionistischer Propaganda, die auch Teile der Linken durchdringt. Darunter die Kriegslüge, dass das Al Ahli Krankenhaus von palästinensischen Raketen getroffen wurde. Eine widerliche Lüge, die lanciert wurde, um den Krieg zu verteidigen (und die nur von den reaktionärsten und Teilen der Gesellschaft wie dem US-Präsidenten wiederholt wird), indem die Opfer eines Genozids für die Angriffe auf sie verantwortlich



gemacht werden!

DIE LINKE übt den Schulterschluss mit der deutschen Bourgeoisie

Es ist für uns keine Überraschung, dass die deutsche Regierung – die sich schon lange zum Kurs der israelischen Regierung bekennt – hinter die Gräueltaten der zionistischen Regierung stellt. Doch entscheidend ist nicht allein ihre Repression, sondern auch die Antwort, die die Linke und die Bewegung der Arbeiter und Jugend darauf finden!

In dieser Situation könnte eine Partei wie DIE LINKE – mit ihrer Fraktion im Bundestag, ihrem enormen finanziellen und personellen Apparat – ihre gesamten Ressourcen und Möglichkeiten nutzen, um zu Demonstrationen zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung aufzurufen, die Unterstützung tausender in Deutschland lebender Palästinenser zu gewinnen und sich gemeinsam gegen rassistische Abschiebekampagnen zu wehren.

Doch die Führung der LINKEN hat ein enges Bündnis mit allen anderen Parteien der bürgerlichen Politik geschlossen, das sie zu keinem Preis aufkündigen will. Statt sich als einzige Bundestagspartei auf die Seite der Unterdrückten zu stellen, stimmt sich DIE LINKE noch gemeinsam mit den Regierungsparteien, inklusive CDU und AfD, für eine Kriminalisierung des pro-palästinensischen Protests ab. Gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien stimmten ihre Vertreter im Bundestag für einen Entschließungsantrag, der unter anderem rassistische Abschiebungen gegen „strafrechtliche“ Verstöße auf Demonstrationen fordert und zum Verbot palästinensischer Organisationen wie dem Solidaritätsnetzwerk für palästinensische Gefangene Samidoun aufruft.

Die deutsche Bourgeoisie holt

zum Schlag gegen Migrantinnen und Migranten und gegen die Proteste auf deutschen Straßen aus, und DIE LINKE beteiligt sich daran!

Auf die Straße gegen das zionistische Massaker und die Repression der deutschen Regierung!

Die Repression gegen den palästinensischen Widerstand markiert eine neue Verschärfung des staatlichen Autoritarismus gegen Widerstand von unten, und die Einschränkung bürgerlicher Rechte die Migranten, Arbeiter und Jugend noch besitzen.

Die politische Linke muss eine kämpferische Antwort auf die Kriminalisierung von Protesten und Streiks finden, um den Widerstand von unten gegen die Repression von oben zu verteidigen. Denn das ist zwar nicht

die erste autoritäre, bonapartistische Maßnahme der Bundesregierung, aber es wird auch lang nicht ihre letzte gewesen sein.

Der Krieg hat überall auf der Welt neue Klassenkämpfe ausgelöst. Er ist ein Zeichen dafür, wie verrotten unser kapitalistisches System ist, ein absolutes Desaster für das palästinensische Volk, das in Worten nicht zu beschreiben ist. Aber er zeigt auch, dass die Unterdrückten sich erheben werden, um diese Reaktionäre und Faschisten in Tel Aviv und auf der ganzen Welt, gegen die der Hass immer weiter wächst, wegzuspülen.

Schließ dich den revolutionären Kommunisten an, und kämpf mit uns gegen dieses System, das nur Krieg, Ausbeutung und Zerstörung hinterlässt!

Fortsetzung von Seite 16

Die Mobilisierung der arabischen Massen in Solidarität mit dem palästinensischen Volk steht im Gegensatz zur völligen Untätigkeit ihrer Regierungen; korrupter Militärdiktaturen, die mit Israel, Europa und den USA lukrative Geschäfte machen und die seit Jahren an der Aufrechterhaltung der zionistischen Unterdrückung Palästinas mitwirken.

Zweifellos fürchten sie, dass diese Proteste noch viel weiter gehen und die Solidarität in eine Bewegung für die Befreiung der arabischen Völker umschlagen könnte. Sie fürchten einen neuen arabischen Frühling und weinen deshalb Krokodilstränen und appellieren mit leeren Worten, dass das Massaker die Grenzen des „Völkerrechts“ respektieren soll. Doch in der Praxis, jenseits der Reden, haben sie das palästinensische Volk schon längst seinem Schicksal überlassen. Daher die ständigen Bemühungen der letzten Jahre, die Beziehungen zu Israel wiederherzustellen, mit dem Ziel, lukrative Geschäfte zu machen, die nun durch das Ausmaß des Terrors gegen Palästina unterbrochen werden könnten.

Auf der anderen Seite nehmen die Mobilisierungen in den USA ständig

zu. Zehntausende in New York, Chicago, Portland, San Francisco, Kansas City, Washington DC und vielen anderen Städten, gegen die zionistische Brutalität und vor allem gegen die unverhohlene Beteiligung ihrer Regierung am Völkermord an Gaza, die Kriegsschiffe und zwei Flugzeugträger entsendet hat, um sicherzustellen, dass niemand in der Region militärisch auf die ethnische Säuberung des palästinensischen Volkes, die vorbereitet wird, reagieren kann.

Hier sehen wir die „demokratische“ Biden-Regierung in Aktion, die einige Linke als fortschrittlich zu bezeichnen wagen, und die zum schärfsten Vertreter des Militarismus geworden ist. Die Tatsache, dass erneut Millionen von Menschen die Straßen dutzender amerikanischer Städte füllen, verdeutlicht die ernsthaften Schwierigkeiten des US-Imperialismus.

Dasselbe gilt für Europa, wo ebenfalls Zehntausende in London, Glasgow, Madrid, Paris, Lyon, Rom, Mailand und Athen auf die Straße gegangen sind... Und das, trotz der Versuche vieler Regierungen, Demonstrationen oder jedes Symbol der Solidarität mit Palästina durch offene Repression zu verhindern, mit Maßnahmen, die ei-

ner Militärdiktatur alle Ehre erweisen.

In Frankreich hat Macron die Polizei angewiesen, Demonstrationen für die palästinensische Sache gewaltsam zu verhindern, und hat sogar damit gedroht, die NPA (= „Neue Antikapitalistische Partei“, Anm.d.Ü.) wegen eines auf ihrer Website veröffentlichten Kommuniqués der Rechtfertigung des Terrorismus anzuklagen. In Großbritannien hat der Justizminister die Verhaftung von Personen angeordnet, die eine palästinensische Fahne schwenken, obwohl sie angesichts der Massendemonstrationen nichts tun konnten. Und in Deutschland hat die von Sozialdemokraten und Grünen geführte Regierung mit der beschämenden Unterstützung der Partei DIE LINKE eine Solidaritätsorganisation für palästinensische Gefangene verboten, und schikaniert und verhaftet jeden, der öffentlich gegen Israel und für die Solidarität mit Palästina demonstriert. Das muss der „europäische Garten“ sein, von dem Borrell uns erzählt hat!

Die Brutalität Israels hat ein solches Ausmaß angenommen, dass weder die Repression noch die ekelerregende zionistische Propagandakampagne der westlichen bürgerlichen Medien, die den Völkermord verschleiern



und rechtfertigen, die ausgebrochene Massenbewegung aufhalten konnten. Eine Solidaritätsbewegung, die in den kommenden Wochen weiter wachsen wird, vor allem angesichts einer militärischen Invasion, deren einziges Ziel es ist, den Gazastreifen zu zerstören und, wenn möglich, die Bevölkerung wie 1948 zu vertreiben.

Die Twitter-Warnungen der EU, in denen der Hamas Desinformation vorgeworfen wird, und die Drohungen Israels gegen Journalisten in der Region, die bis hin zur Ermordung reichen, sind eklatante Beispiele für den Versuch, den Völkermord am palästinensischen Volk nicht live zu übertragen. Ein Schlag gegen die Pressefreiheit, zu dem die große Mehrheit der Medien mitschuldig schweigt.

In Spanien, wo am Sonntag Zehntausende die Puerta del Sol in Madrid füllten, setzt die Regierung von Pedro Sánchez, an der Sumar, die PCE und Podemos beteiligt sind, diese schändliche Kampagne fort und rechtfertigt die Verbrechen Israels mit dem Vorwand, es habe das Recht, sich zu verteidigen.

Pedro Sánchez hat dies am Wochenende auf einer Kundgebung gesagt, wobei er das allerdings insofern einschränkte, dass Selbstverteidigung in Ordnung ist, aber nur unter Einhaltung des internationalen Rechts! Internationales Recht? Israel, das systematisch alle UN-Resolutionen missachtet hat, das illegale Siedlungen und eine Apartheidspolitik in den palästinensischen Gebieten fördert und das den Siedlern

und Soldaten, die ungestraft Kinder, Frauen und Männer im Gazastreifen und im Westjordanland ermorden, einen Freifahrtsschein ausstellt? Was für ein makabrer Scherz ist das? Halten sie uns für dumm?

Die Aussichten auf einen Krieg. Netanjahus überstürzter Vorstoß und die Gefahr eines regionalen Konflikts

Wie wir in unserer letzten Stellungnahme erläutert haben, befindet sich Israel in einer tiefen inneren Krise, die das Land an den Rand eines Bürgerkriegs gebracht hat. In diesem Zusammenhang wird immer offensichtlicher, dass der Angriff der Hamas, dem israelischen Militär und den Geheimdiensten sowie den amerikanischen Bündnispartnern bekannt war. Und dass er Netanjahu und seiner Regierung, die reaktionärste seit der Gründung des Staates Israel mit offen faschistischen Elementen in ihrer Mitte, Rückenwind gegeben hat.

Jetzt versuchen sie, alle Wunden zu heilen, indem sie im Angesicht des Krieges und der Zerstörung des Gazastreifens zur nationalen Einheit aufrufen und sich vorerst der Rechenschaftspflicht für angebliche Sicherheitsmängel entziehen, die keine zu sein scheinen. Gleichzeitig nutzen Netanjahu und seine faschistischen zionistischen Partner die Situation, um diktatorische Tendenzen zu verstärken, indem sie die demokratischen Rechte angreifen und beschneiden. Das jüngste Beispiel

ist ein von Netanjahus Partei vorgeschlagenes Gesetz, das es ermöglicht, Bürger zu verhaften und zu inhaftieren, die „die nationale Moral schädigen“, indem sie Informationen oder „Propaganda“ verbreiten, die dem Feind nützen. Das ist die vielgepriesene israelische Demokratie!

Doch trotz all dieser Manöver und selbst in dieser Situation scheinen sich die Risse in der israelischen Gesellschaft nicht zu schließen, und wenn es so weitergeht, könnten sie sogar noch weiter aufbrechen.

Die nach wie vor von einer Minderheit getragenen Proteste in Tel Aviv vor dem Sitz des Verteidigungsministeriums, bei denen die Verhand-

lung zur Rettung der Geiseln und der Rücktritt Netanjahus gefordert werden, sind ein Symptom für die anhaltende interne Krise. Trotz der Bildung einer nationalen Notstandsregierung, die nur von 66 der 120 Sitze im Knesset unterstützt wird, weigert sich die wichtigste Oppositionspartei von Yair Lapid weiterhin, ihr beizutreten, solange Netanjahu nicht mit den Extremisten bricht. Das bedeutet nicht, dass er das brutale Massaker im Gazastreifen nicht unterstützt, sondern dass er versucht, eine zurückhaltende Rolle zu spielen, um eine Verschärfung der Krise in der israelischen Gesellschaft und eine Ausweitung des Krieges im Nahen Osten zu verhindern.

Umfragen in der israelischen Presse zufolge ist mehr als die Hälfte der Öffentlichkeit (56 %) der Meinung, dass Ministerpräsident Benjamin Netanjahu von seinem Amt zurücktreten sollte, sobald die Kämpfe beendet sind. Das Gleiche gilt für Verteidigungsminister Yoav Galant (52 %). Neunundfünfzig Prozent haben wenig oder kein Vertrauen in die Regierung, den Krieg zu führen, und 88 Prozent der Wähler der Oppositionsparteien haben überhaupt kein Vertrauen in die Regierung. Diese Zahlen zeigen die enormen Komplikationen, die Netanjahu, seine Regierung und die herrschende Klasse Israels zu erwarten haben, insbesondere wenn die Invasion beginnt und die Verluste der israelischen Armee in die Höhe schießen, wie mehrere Analysten bereits warnen.

Es liegt auf der Hand, dass Israel trotz aller Rhetorik und Kriegspropaganda mit der Invasion des Gazastreifens unter sehr schlechten Bedingungen operiert, die mit früheren Situationen nicht vergleichbar sind. Hinzu kommt die Gefahr, einen regionalen Krieg auszulösen, mit dem Eintritt der Hisbollah in den Konflikt, die bereits damit gedroht hat, wenn es in Gaza zu einem Massaker kommt, und mit einer möglichen Konfrontation mit dem Iran.

Vor allem aber ist es der Aufschrei der Massen in der gesamten arabischen Welt und in weiten Teilen der USA und Europas, der zahlreiche diplomatische Schritte erzwingt, um eine Eskalation des Konflikts und einen Krieg zu vermeiden, der viele der korrupten Regimes der Region in die Enge treiben und die schwere politische und soziale Krise der USA und der europäischen Mächte vertiefen könnte.

Der Kampf des palästinensischen Volkes und die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution

Der Kampf des palästinensischen Volkes für seine nationale Befreiung wird nur mit einem revolutionären, internationalistischen und sozialistischen Programm erfolgreich sein.

Wir von der Internationalen Revolutionären Linken verteidigen das Recht des palästinensischen Volkes, mit aller Kraft gegen den mörderischen und kolonialistischen zionistischen Staat zu kämpfen; sein Recht zu Massenmobilisierungen, zum Generalstreik und natürlich auch zur bewaffneten Selbstverteidigung. Die Frage ist, wie wir erklärt haben, unter welchem politischen Programm dieser Kampf zum Sturz der zionistischen Bourgeoisie und ihres repressiven und militaristischen Apparates sowie der arabischen Bourgeoisie, einschließlich der palästinensischen, die nicht aufgehört hat, mit dem Staat Israel zu kollaborieren und Geschäfte zu machen, stattfindet. Und hier erweist sich die fundamentalistische und bürgerliche Strategie der Hamas und der islamistischen Milizen letztlich als unwirksam.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Hamas, eine fundamentalistische Organisation mit

einer sehr reaktionären religiösen Agenda, einst vom US-Imperialismus finanziert wurde, ebenso wie die Taliban, um die linken Kräfte einzudämmen, die in der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung dominierten.

Netanjahu selbst machte Absprachen mit der Hamas-Führung in Gaza, um seine Kräfte im Westjordanland zu konzentrieren, die Siedlungen auszubauen und die bewaffneten Aktionen der paramilitärischen Siedlergruppen zu verstärken. Der israelische Präsident äußerte sich dazu 2019 sehr deutlich: „Wer einen palästinensischen Staat vereiteln will, muss die Festigung der Hamas unterstützen, das ist Teil unserer Strategie“. Eine Strategie, die jedoch aufgrund des Bankrotts der Fatah und der PLO, die nach den Osloer Verträgen zu Israels polizeilichem und militärischem Subunternehmer in den besetzten Gebieten wurde, um die palästinensische Bevölkerung in Schach zu halten, erfolgreich sein könnte.

Die unterdrückten Massen Palästinas sind bei unzähligen Gelegenheiten betrogen worden. Das muss man ehrlich anerkennen und seine Konsequenzen daraus ziehen. Die Alternative ist nicht der Iran der Mullahs, nicht der islamistische Fundamentalismus, sondern eine revolutionäre Strategie-

gie und Politik, die auf Massenkampf, Generalstreik und Aufstand beruht.

Wir werden diesen Völkermord nicht mit leeren Appellen an die internationale Gemeinschaft stoppen, die an der Unterdrückung des palästinensischen Volkes mitschuldig ist, wie es die Führer der reformistischen Linken in Spanien und Europa tun. Nur ein Massenkampf, wie wir ihn in diesen Tagen erleben, unter einem revolutionären und sozialistischen Programm, kann dieses Massaker an unseren palästinensischen Brüdern und Schwestern stoppen.

Wir revolutionären Kommunisten unterstützen bedingungslos den Kampf des palästinensischen Volkes gegen die jahrzehntelange Besatzung und Ausrottung. Und wir tun dies, indem wir das Programm und die Methoden der sozialistischen Revolution propagieren. Ein freies Palästina wird ein sozialistisches Palästina sein, und das bedeutet notwendigerweise eine sozialistische Revolution auch in Israel, die die Zerschlagung des zionistischen States und seiner Militärmaschinerie vollbringen wird.



Krieg in der Ukraine. Der westliche Imperialismus blickt in den Abgrund



Street Journal stellten die verheerende Bilanz schwarz auf weiß dar, stellten unmissverständlich das Versagen des Außenministeriums und seiner Marionetten in Kiew fest und sagten voraus, dass es für seine Soldaten unmöglich sei, Melitopol zu erreichen und den von Russland annektierten Streifen ukrainischen Territoriums in zwei Teile zu teilen.

Dieselben Berichte sprechen von einer hohen Zahl ukrainischer Opfer,

Dieser Artikel wurde bereits Anfang September 2023 verfasst und ist in diesem Sinne zu lesen. Aufgrund seiner Relevanz für das internationale Geschehen haben wir uns dennoch dazu entschieden, ihn hier abzudrucken (Anmerkung von Offensiv).

Miguel Campos

Achtzehn Monate sind seit Beginn des imperialistischen Krieges in der Ukraine vergangen, und sein Verlauf ist für das Selenskyj-Regime und seine Herren in Washington äußerst kompliziert geworden. Nachdem alles auf die Gegenoffensive gesetzt wurde, haben deren dürftige Ergebnisse die Auseinandersetzungen auf der westlichen Seite verschärft, während die maßgeblichen Stimmen, die einen Weg für Verhandlungen mit Russland fordern, sich mehren.

Kiews Gegenangriff scheitert

Im Juni wurde grünes Licht für Kiews lang erwartete und so oft verzögerte militärische Gegenoffensive gegeben. Tausende im Westen ausgebildete Soldaten, Hunderte von durch die NATO bereitgestellte Panzer und gepanzerte Fahrzeuge wurden gegen Verteidigungslinien eingesetzt, die die russische Armee seit letztem Herbst unter Einsatz großer Ressourcen aufgebaut und verstärkt hat. Das Ergebnis für Selenskyjs Mentoren war frustrierend: Ukrainische Truppen haben es kaum geschafft, zehn Kilometer – an den markantesten Punkten – entlang einer Front vorzudringen, die sich über 600 Kilometer erstreckt.

Zu behaupten, diese Offensive sei gescheitert, ist keine russische Propaganda. Im August haben die wichtigsten Sprecher des US-Imperialismus Materialien veröffentlicht, die die Strategie in der Ukraine äußerst kritisch sehen. Die New York Times, die Washington Post, die Financial Times und das Wall

von unzureichender Panzerung, Artillerie und einer fast nicht vorhandenen Luftwaffe, die für einen tiefen Vormarsch notwendig wäre. Gleichzeitig verweisen sie auf die Unterschiede zwischen den ukrainischen und westlichen Militärkommandanten. Das Pentagon hätte sich kategorisch für eine einzige Linie nach Süden entschieden, mit allen Mitteln und unabhängig von der Zahl der Opfer, und wäre der Strategie Kiews, mehrere Angriffslinien zu schaffen und den Vormarsch zu verlangsamen, um mehr Truppen zu sparen, sehr kritisch gegenübergestanden.

Das Wall Street Journal fasste diese Meinungsverschiedenheiten mit einer Aussage von Valery Zaluzhny, dem Oberbefehlshaber der Ukraine, zusammen. Er sagt: „Sie verstehen die Natur dieses Konflikts nicht. Das ist keine Aufstandsbekämpfung. Das ist Kursk“ und bezieht sich auf die große Panzerschlacht zwischen der UdSSR und den Nazis im Zweiten Weltkrieg.

Ende August erschienen neue Ar-



tikel in der Washington Post, im Economist und in El País, die einen völlig anderen Charakter hatten als die in den letzten anderthalb Jahren veröffentlichten Artikel. Sie konzentrierten sich auf die düstere Atmosphäre, die in der ukrainischen Gesellschaft herrscht, und beschreiben ein kriegsmüdes Land mit einer Bevölkerung, die zunehmend bereit ist, Territorium für Frieden und die Flucht vor der Wehrpflicht zu opfern. Eine Mutter brachte es in El País auf den Punkt: „Mir ist es lieber, wenn die Russen im Donbass bleiben, als meinen Sohn kämpfen zu sehen.“

Sehr wichtig ist auch die zunehmend kritische Wahrnehmung der Figur Selenskyj. Von den Versprechen, mit denen er 2019 an die Regierung kam, ist nichts mehr übrig: Frieden mit Russland, Kampf gegen Korruption, Verbesserung der Lebensbedingungen... Gleichzeitig nimmt die Polizeigewalt unter der Bevölkerung zu. Monatelang konnte er sich hinter dem Krieg verstecken und die Flagge des reaktionärsten Ultrationalismus schwenken, aber alles hat seine Grenzen. Die Ukraine ist heute ein Mafia-Staat, in dem die linke Opposition illegalisiert und mit besonderer Bösartigkeit unterdrückt wurde, der Ministerrat durch einen immer kleiner werdenden Kreis von Selenskyjs Vertrauen ersetzt wurde, der Verteidigungsminister Oleksii Reznikov entlassen wurde und die Korruption weit verbreitet ist, was zu Säuberungen und Konfrontationen im Staatsapparat führt. Was übrig ist, äh-

nelt einem Kampf unter Dieben.

Inmitten der Gegenoffensive ist Kiew zum Nährboden für Gerüchte über mögliche Wahlen geworden. Die Amtszeit der Rada endet im Oktober und die Präsidentschaftswahlen sollen im März 2024 stattfinden. Das geltende Kriegsrecht erlaubt keine Wahlen, aber die Selenskyj-Clique erwägt, sie abzuhalten, bevor es für die Durchsetzung ihrer Interessen zu spät ist.

Diese Realität bestimmt die jüngsten ukrainischen Militäraktionen. Anfang September kam es zu einem Bruch in der russischen Verteidigungslinie im Süden, wobei die Stadt Robotine eingenommen wurde und nun Verbote bedroht wird. Gleichzeitig sind die ukrainischen Drohnenangriffe auf russisches Territorium zahlreicher und dreister. Aber das allein wird die Gesamtdynamik des Krieges nicht ändern. Selbst wenn sie die Lücke schließen würden, würde das keinen schnellen Vormarsch nach Süden bedeuten: Kiews Armee hat nur noch wenige Wochen Zeit, bevor Herbstregen die Front in einen Sumpf verwandelt.

Wenn es nicht zu einem Zusammenbruch der russischen Linien kommt, und das ist nicht gerade die wahrscheinlichste Sache, werden Selenskyjs Kriegsziele kläglich gescheitert sein, was auch seine immer häufigeren Ausbrüche erklären würde, in denen er anordnet, diejenigen zum Schweigen zu bringen, die das Tempo der Offensive kritisieren.

Spaltungen im westlichen Imperialismus

Washington hat die Ukraine mehrfach gewarnt, dass sie im Jahr 2024 nicht das gleiche Maß an militärischer und wirtschaftlicher Hilfe garantieren kann. Und diese Warnungen sind nicht nur auf Probleme mit ihren schwindenden Militärbeständen zurückzuführen. Nächstes Jahr finden in den USA Präsidentschaftswahlen statt und die Kosten des Krieges führen zu mehr Inflation und Haushaltsdefiziten. Dies vertieft die Spaltungen zwischen der herrschenden Klasse und dem amerikanischen Staatsapparat, dem größten seit Jahrzehnten, ein Spiegelbild der tiefen Krise seiner Rolle als globaler Gendarm.

Die Republikanische Partei ist nun die Partei von Trump, der bereits angekündigt hat, dass er der Kiewer Regierung weiterhin Wirtschafts- und Militärhilfe gewähren werde, wenn er die nächsten Wahlen gewinnen sollte. Und diese Agenda findet in seiner Wählerbasis starke Unterstützung. Laut CNN sind 55 % der Amerikaner dagegen, dass der Kongress weiterhin mehr Mittel für die Ukraine bereitstellt, und dieser Prozentsatz liegt bei den republikanischen Wählern auf 71 %.

Über die Streitigkeiten in der herrschenden Klasse der USA wird täglich in der bürgerlichen Presse berichtet. Die offiziellen Erklärungen des Weißen Hauses, in denen Selenskyj gelobt wird, teilen sich den Platz mit Artikeln, die Bidens Politik kritisieren und die

durch Erklärungen hochrangiger ziviler und militärischer Beamter seiner eigenen Regierung angeheizt werden.

Das ist es, was hinter dem Druck der USA steckt, mit der Gegenoffensive konkrete Ergebnisse zu erzielen und mit einem Pfand an einen Verhandlungstisch zu kommen. Eine Verhandlung, die früher oder später unausweichlich sein wird und über die in Washington und Brüssel immer offener gesprochen wird.

Mitte August deutete Stian Jenssen, Stabschef des NATO-Generalsekretärs, einen möglichen ausgehandelten Vergleich mit der Abtretung ostukrainischer Gebiete an Russland im Austausch für den Beitritt Kiews zur NATO an. Generalsekretär Stoltenberg musste ihn schnell zum Schweigen bringen, nachdem Selenskyj den Vorschlag für „inakzeptabel“ hielt.

Es ist offensichtlich, dass Jenssens Vorschlag der Meinung eines Teils des westlichen Imperialismus entspricht, der sehr besorgt ist über das Fehlen „realistischer Ziele“ Kiews und die katastrophalen Folgen, die dieser Krieg für die innenpolitische Lage der Vereinigten Staaten und Europas mit sich bringt. Dieser immer wichtiger werdende Sektor ist pragmatischer und entfernter von der Fanfare der Propaganda und schließt die Möglichkeit einer Vertreibung Russlands aus dem Donbass und der Krim aus. Angesichts dessen schließen sich die Biden-Regierung und ihr Lakai Stoltenberg mit Selenskyj zusammen und befeuern eine blinde und unkontrollierte Dynamik, die für ihre Interessen sehr schlecht enden kann.

Zu diesem Zeitpunkt gab es in Washington bereits viele Stimmen, die dafür plädierten, die Ukraine-Frage in den Händen Europas zu belassen und sich auf den Pazifik zu konzentrieren, um China entgegenzutreten. Diese Idee taucht täglich in den Leitartikeln der wichtigsten amerikanischen think tanks auf, aber die EU kann die Ukraine weder militärisch noch wirtschaftlich noch politisch unterstützen. Beim Versuch, zuerst zuzuschlagen, sind die USA in einen Zweifrontenkampf geraten.

Washington hatte bisher einige Erfolge darin, ein Europa zu unterwerfen, das Russland und China zu nahe gekommen war. Ebenso zeigt die nordamerikanische Wirtschaftsoffensive zur Anlockung europäischen Kapitals Wirkung. Doch der Preis von Bidens Poli-

tik besteht darin, dass sie einige brutale Widersprüche hervorbringt: Deutschland befindet sich in der Rezession, die EZB setzt auf eine „harte Landung“ der Wirtschaft, bevor sie mit der Stagflation fertig werden muss, die Krise erfasst ein Land nach dem anderen in Europa, und alles deutet darauf hin, dass die Folgen im Klassenkampf denen ähneln werden, die wir kürzlich in Großbritannien und Frankreich gesehen haben. Der französische Präsident Macron sagte, er wolle nicht in einen Streit zwischen den USA und China hineingezogen werden; Scholz und andere europäische Staats- und Regierungschefs haben ähnliche Erklärungen abgegeben, werden jedoch als Geisel ihrer eigenen Unfähigkeit, eine unabhängige Position aufrechtzuerhalten, gehalten.

Putins bonapartistisches Regime und der Tod von Prigoschin

Wie ist die Situation des Putin-Regimes im Vergleich dazu?

Auf diese Frage gibt es einige klare Antworten. Am 23. August explodierte der Privatjet, in dem Jewgeni Prigoschin zusammen mit Wagners hartem Kern reiste, in der Luft. Am selben Tag wurde die endgültige Entlassung von General Surowikin veröffentlicht, der mit Prigoschin in Verbindung stand und sich im Konflikt mit Verteidigungsminister Schoigu und dem Generalstabschef Gerassimow befand.

Zwei Monate zuvor hatte es die Meuterei zwischen Prigoschin und Wagner gegeben; die größte Herausforderung, der sich Putin seit zwei Jahrzehnten stellen musste. Die westliche Propaganda rieb sich die Hände über die Aussicht auf einen Staatsstreich; selbst einige mit dem größten Fieber sprachen von einem bevorstehenden „Bürgerkrieg“. Nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt. Zwei Monate nach der Meuterei scheint Putin die Angelegenheit im echten stalinistischen GPU-Stil abgeschlossen zu haben.

Russland wird von einem zutiefst reaktionären bürgerlichen und imperialistischen bonapartistischen Regime regiert, in dem Putin als Vermittler zwischen verschiedenen Cliquen fungiert. Bei Prigoschins Manöver handelte es sich nicht um einen „Angriff auf die Macht“, sondern vielmehr um seine verzweifelte Verteidigung angesichts klarer Versuche, ihn zu stürzen,

nachdem er für die Eroberung Bachmuts eingesetzt worden war. In diesen zwei Monaten ließ Putin Prigoschin sein Ding machen, während die Behörden die Wagner-Gruppe, einen wichtigen Aktivposten der russischen Außenpolitik, die für ihre Intervention in Afrika verantwortlich war, wieder fest unter ihre Kontrolle brachten. Nachdem ihre Aktivitäten unter staatliche Kontrolle gerieten, war das Leben von Prigoschin und seinen Leutnants wertlos.

Das Ergebnis dieser Meuterei in Putins Popularität war das Gegenteil von dem, was die westliche Propaganda vorhergesagt hatte. Laut einer Ende Juli durchgeführten Umfrage des unabhängigen russischen Zentrums Levada liegt Putins Zustimmung weiterhin bei über 80 %, die von Minister Schoigu ist etwas gesunken und die von Prigoschin ist drastisch gesunken.

Russland ist in der Lage, der Reihe von Wirtschaftssanktionen zu widerstehen und seine Verkäufe von Kohlenwasserstoffen nach Asien zu steigern, aber nicht nur das. Die Schwäche des westlichen Imperialismus zeigt sich darin, dass er weiterhin russische Rohstoffe benötigt, die von den Sanktionen ausgenommen sind, wie Uran oder Flüssigerdgas, von dem Europa in diesem Jahr bisher 40 % mehr gekauft hat als vor dem Krieg. Gleichzeitig tauchen immer wieder westliche Komponenten in den Trümmern russischer Raketen auf, die weiterhin ohne größere Probleme ankommen. Eine peinliche Anekdote in diesem Zusammenhang wurde Ende August publik: Die estnische Premierministerin Kaja Kallas, eine der kämpferischsten Stimmen gegen Putin, wurde vor einen Parlamentsausschuss geladen, um zu erklären, warum die Firma ihres Mannes während des Krieges weiterhin mit Russland Handel getrieben hat. Das ist der Markt, meine Freunde!

Russland hat seine Wirtschaft nicht nur aufrechterhalten, sondern sie auch in eine Kriegswirtschaft umgewandelt. Dies ist der Hauptaspekt, bei dem die Zeit zu Putins Gunsten spielt. Er kann die Kriegsanstrengungen mit viel besseren Aussichten fortsetzen als die Ukraine und ihre westlichen Unterstützer. Selbst für den Fall, dass ukrainische Truppen oder russische Fehler zum Zusammenbruch der Front führen, verfügt Moskau immer noch über genügend Ressourcen, um einen langen Krieg

fortzusetzen, beginnend mit einer allgemeinen Truppenmobilisierung.

Russland und China erstarken

Am 1. September kündigte Putin die Investition von 20 Milliarden US-Dollar für die Entwicklung der vier annektierten ukrainischen Regionen im September 2022 sowie ein neues Treffen mit Xi Jinping an. Dies ist ein weiterer Schlüsselfaktor zur Erklärung der aktuellen Phase des interimperialistischen Konflikts: die Stärkung der Beziehungen Russlands zu China. Ein Prozess, der sich im Laufe des Krieges vertieft hat und sich in den Daten des bilateralen Handels zeigt, der im Jahr 2023 200 Milliarden Dollar erreichen könnte; ein Rekord, der ein Jahr früher als erwartet erreicht werden würde.

Seit Kriegsbeginn haben eine Reihe einst mit dem westlichen Imperialismus verbündeter Länder der US-Strategie den Rücken gekehrt und wenden sich eindeutig China zu. Und dies sind keine unwichtigen Nationen: Indien, Israel, die Türkei, alle Golfstaaten, Brasilien ... Keines dieser Länder hat Sanktionen gegen Russland verhängt, und in gewissem Maße sind sie entscheidend für die Aufrechterhaltung der Stabilität der russischen Wirtschaft.

Hinzu kommen immer engere Abkommen mit China.

Vor einigen Monaten erlebten wir dank der Vermittlung Chinas die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Nun wurde beim 15. BRICS-Gipfel Ende August der Beitritt Argentiniens, Ägyptens, Äthiopiens, Irans, Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate genehmigt. Eine Nachricht, die von einer weiteren, nicht weniger relevanten Nachricht begleitet wurde: Zum ersten Mal überstieg das kombinierte BIP der BRICS das kombinierte BIP der G7.

Im Kampf um die Weltherrschaft zwischen den USA und China macht China weiterhin Fortschritte, während Washington sich weiter zurückzieht. Betrachtet man den Anteil am Welt-BIP auf Basis der Kaufkraftparität, so hat China bereits im Jahr 2020 die USA überholt (18,33 % vs. 15,83 %). Der Anteil des Dollars als Devisenreservewährung sank im Jahr 2021 auf 59 %, mit einem nachhaltigen Rückgang um mehr als elf Punkte in 22 Jahren.

Die Vereinigten Staaten bleiben immer noch die führende Macht auf dem Planeten und die wichtigste Militärmacht, aber ihre Ermüdung und ihr Niedergang in Schlüsselbereichen sind

mehr als offensichtlich, während Chinas Produktivkräfte – die starke Bildung von Anlagekapital, die Entwicklung seiner Industrie und Technologie, seine Infrastruktur, sein Binnenhandel, sein Handelsüberschuss und seine Auslandsinvestitionen – in den letzten dreißig Jahren einen gewaltigen Sprung gemacht haben. Es ist keine Fata Morgana. Es ist nicht die Art von Wachstum, die Japan in den 1960er und 1970er Jahren erlebte. Es handelt sich um einen Prozess der kapitalistischen Akkumulation in einem ähnlichen Ausmaß wie dem der Vereinigten Staaten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Und die Folgen für die internationalen Beziehungen sind offensichtlich.

Es ist auch unvermeidlich, dass China bei der Verhandlungslösung des Ukraine-Konflikts eine Rolle spielen wird. Es nahm bereits am Gipfel im August in der saudischen Stadt Jeddah teil. Ohne Zweifel wird der imperialistische Krieg weitergehen, denn die Gründe, die ihn zum Ausbruch geführt haben, bleiben bestehen. Und in diesem Szenario kann Washington nur Waffen anbieten, um eine Niederlage der Ukraine hinauszuzögern, aber der westliche Imperialismus beginnt, einen Abgrund zu seinen Füßen zu erkennen.



Neuerscheinung unseres Eigenverlags: **W. I. Lenin: Staat und Revolution**

Marxistische Organisation Offensiv

Das bürgerliche System befindet sich heute in einer umfassenden Krise. Die Weltherrschaft des US-Imperialismus zerbricht, und ein blutiger Krieg in Gaza wird – wie so viele andere Gräueltaten der Bourgeoisie – mit globalen Massenprotesten beantwortet.

Um den Kapitalismus mit seinen Kriegen und Krisen revolutionär überwinden zu können, ist es notwendig, sich die Lehren des Marxismus anzueignen. Deshalb haben wir in diesem Jahr Lenins Klassiker „Staat und Revolution“ neu veröffentlicht.

Hier beantwortet Lenin zentrale Fragen der marxistischen Theorie: Was ist der Staat? Welchen Charakter hat er im Kapitalismus? Kann die Arbeiterklasse den bestehenden Staat für sich nutzen oder muss sie ihn durch die Organe der Arbeitermacht ersetzen? Wie sieht eine sozialistische Revolution aus und wie eine kommunistische Gesellschaft?

Indem Lenin die Aussagen von Marx und Engels darüber untersucht und mit eigenen Erläuterungen ergänzt, legt er ein unverzichtbares Standardwerk für jeden Revolutionär vor.

Wer sich heute – in dieser Welt von Krise, Krieg und Umweltkatastrophe – fragt, wie der Kapitalismus gestürzt, wodurch er ersetzt und wie der Weg zu einer kommunistischen Zukunft beschritten werden kann, wird in diesem Buch Antworten finden. Bestelle es bei uns für 9 Euro unter info@offensiv.net oder per Nachricht an 01522/3017899.



**Für mehr
Bücher siehe:
www.offensiv.net**

Abonniere die Offensiv!

Unterstütz' uns im Kampf für eine unabhängige Zeitschrift, eine kämpferische Arbeiterbewegung und den Sozialismus!

Abonniere die Offensiv!

Alternativ findest du den Link auf unserer Website.



Schließ dich den revolutionären Kommunisten an!

Mach mit bei Offensiv!



offensiv_marxisten



01522 3017899



mail@offensiv.net



Offensiv - Marxistische Organisation

www.offensiv.net



Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für umfassende soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Armut, Ausbeutung und Krieg. All das können wir nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft erreichen.

Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur wenige Kapitalisten haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert und verteilt wird und häufen die Profite an.

Ein Ende unserer sozialen und gesellschaftlichen Probleme ist nur erreichbar durch die Abschaffung des Kapitalismus, die Enteignung und Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum und eine demokratisch geplante Wirtschaft. Eine Gesellschaft, basierend auf einem System von Räten und Versammlungen in den Betrieben, Schulen und Nachbarschaften.

Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeiterdemokratie gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 14€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagraphen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.200€ netto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohnrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionäre: ständige Wahl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Organisationen. Demokratische Planung der Produktion der Schlüsselindustrien, vollständige Kontrolle des Finanzwesens, und aller Fragen des Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Transportsystems. Für die gesellschaftlich sinnvolle Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und den nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!

Das von den USA und Europa geförderte zionistische Massaker muss gestoppt werden!

Mobilisierungen gegen den Völkermord in Gaza füllen die Straßen der Welt

Internationale Revolutionäre Linke

Die brutale Auslöschung des Gazastreifens durch den israelischen Staat, die seine Bewohner zu Vertreibung und Hunger verurteilt, der ihnen Wasser, Strom, Lebensmittel und Medikamente nimmt; die brutalen Bombardierungen, die schon fast 3.000 Tote, davon ein Drittel Kinder, und mehr als 10.000 Verletzte gefordert haben, haben die Empörung von Millionen ausgelöst.

Dutzende von Demonstrationen in allen Teilen der Welt, vor allem in den arabischen Ländern, aber auch in den USA und in Europa, haben den zionistischen Genozid und den Zynismus des Westens angeprangert und die Verteidigung des palästinensischen Volkes gefordert. Ein Protest, der verständlich ist wenn man sich den makabren Plan der ultrareaktionären, rassistischen und faschistischen Regierung Netanjahu für die 2,2 Millionen Bewohner des Gazastreifens ansieht, die nun nur noch die Wahl haben zu fliehen oder ausgerottet zu werden.

Die angedrohte Evakuierung von 1,1 Millionen Bewohnern aus dem Norden Gazas als Vorbereitung auf eine militärische Invasion, für die bereits 300.000 Soldaten an der Grenze zusammengezogen wurden, ist nichts weiter als ein Vorwand, um die Verbrechen des israelischen Staates im Nachhinein zu rechtfertigen. Es ist eine Evakuierung, die bereits sowohl von der UNO als auch von der WHO als unmöglich bezeichnet wurde, wobei letztere darauf hinwies, dass sie für Tausende von Verwundeten und Schwerkranken, die in den Krankenhäusern zusammengepfercht sind, darunter Kinder und ältere Menschen, das „Todesurteil“ bedeuten würde.

Es ist ein verbrecherischer Plan, der von Anfang an von den USA und der EU unterstützt wurde,

was sich in von der Leyens beschämendem Besuch in Israel und ihrer vorbehaltlosen Unterstützung jeglicher Aktion ungeachtet der Konsequenzen widerspiegelt. Eine Position, die sie nach dem Ausbruch von Massendemonstrationen auf dem ganzen Kontinent und angesichts der Unmöglichkeit, ihre Propaganda durchzusetzen, nun relativieren musste.

Eine beispielhafte internationalistische Solidaritätsbewegung

In allen Ländern der arabischen Welt ist es zu großen Demonstrationen gekommen, vom Jemen, Irak, Katar und Jordanien, wo sie mit aller Härte unterdrückt wurden, bis hin zu Ägypten und Marokko, das vor kurzem unter amerikanischer Schirmherrschaft die Beziehungen zu Israel wieder aufgenommen hat.

Weiter auf Seite 7

